

31. März



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/76 - 31. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 885 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Terroristen und Schlafmützen</u> Das Bauernelend in der Zone Von Franz Barsig	52
2	<u>Verhärtung</u> Großbritannien und die EWG	38
3	<u>Innenpolitische Rückwirkungen des Chruschtschow-Besuches</u> Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	48
4	<u>Im Schatten Perons</u> Wachsende Bedeutung der Armee in Argentinien	36
5 - 6	<u>Kein neuer Kulturkampf</u> Ein mißlungener Vorstoß der Berliner CDU	67
6	<u>Zynischer geht's nicht mehr</u> SED verweigert Besuch einer Grabstätte	19

* * *
* * *

Terroristen und Schlafmützen

Von Franz Barsig

Für die Weltpresse gibt es in diesen Tagen neben Chruschtschow und dem Macmillan-Besuch in den Vereinigten Staaten ein beherrschendes Thema: Sie beschäftigt sich - und das mit Recht - mit der verhängnisvollen und zu verurteilenden Rassenpolitik in Südafrika. In der ganzen amerikanischen, französischen oder britischen Presse findet man kaum eine Zeile, die sich mit der Tragödie der Bauern in Mitteldeutschland befaßt.

Warum ist das so? Hat die Welt kein Interesse daran, wenn Millionen von Menschen verklavt werden, oder haben wir es nicht verstanden, die Weltöffentlichkeit zu alarmieren, obwohl praktisch dieser Alarm das einzige Mittel gewesen wäre, um Pankow zu zwingen, die Kolchosisierung abzustoppen? Es ist beileibe nicht so, daß man nicht schon vor vier oder sechs Wochen erkennen konnte, wohin die Reise geht. Schon damals war das Ziel deutlich sichtbar: Walter Ulbricht will am 1. Mai, wenn die Herren von Pankow diesen Feiertag zu einem Hohn und Spott machen, verkünden, daß der sogenannte "sozialistische Frühling" in der ganzen Zone ausgebrochen ist. Gewiß gibt es dafür auch ideologische Gründe, denn nicht umsonst hat das SED-Funktionärsorgan "Neuer Weg" in diesen Tagen angekündigt, daß man sich jetzt mit den konkreten Methoden des "Übergang zum Kommunismus" zu befassen hat. Im Vordergrund aber werden die mitteldeutschen Bauern zu Opfern eines außenpolitischen Motives. Die totale Kolchosisierung soll auf der Pariser Konferenz ein zusätzliches und optisches Motiv für die Zwei-Staaten-Theorie Moskaus und Pankows liefern und deutlich sichtbar machen, wie die "zwei Staaten" sich auseinandergeliebt haben, daß sie kaum noch etwas gemeinsam haben. Das Bauernelend in Mitteldeutschland ist so gesehen ein Vorgang, der der gewollten Verhärtung der Spaltung Deutschland dient.

Hätten wir gegen diese Entwicklung etwas tun können? Ja, aber dazu hätte es anderer Mittel bedurft. Es reicht nicht aus, wenn der Bundeskanzler in den Vereinigten Staaten zweimal beiläufig auf das Schicksal der Bauern in Mitteldeutschland hingewiesen hat. Man kann es nur als schlafmützenhaft bezeichnen, wenn es der Bundesregierung erst jetzt eingefallen ist, in einer offiziellen Erklärung zu protestieren, und wenn sie vielleicht in 14 Tagen ein Weißbuch vorlegen wird. In 14 Tagen ist das Weißbuch ein Muster ohne Wert, denn in 14 Tagen wird es in der sowjetischen Besatzungszone keine freien Bauern mehr geben. Auch diejenigen, die mit dem Weißbuch zum Protest aufgerufen werden sollen, werden sich dann kaum rühren, denn es handelt sich zu diesem Zeitpunkt um einen abgeschlossenen Vorgang.

Die Bundesregierung hätte schon vor sechs Wochen handeln müssen. Ihre Pflicht wäre es gewesen, die deutsche Öffentlichkeit zu alarmieren, sie hätte das Ausland wachrütteln müssen. Aber hat auch nur ein einziger deutscher Botschafter bei den verbündeten Regierungen vorgesprochen? Hat der deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen auch nur eine Hand geführt? Nichts ist geschehen, obwohl die Alarmierung der ganzen Welt und der Druck der öffentlichen Meinung allein den Menschen in der Zone hätte helfen können. Ein solches Begleitkonzert hätte Chruschtschow in Frankreich nicht gebrauchen können, und es wäre schließlich nicht das erste Mal, daß Moskau seine Pankower Stadthalter bremst, wenn die Weltöffentlichkeit empfindlich reagiert.

Man kann deshalb den Bonner Schlafmützen nur zurufen: Wacht auf und handelt jetzt! In 14 Tagen ist es zu spät.

Verhärtung

sp - die Auseinandersetzung um die von Hallstein forcierte beschleunigte Verwirklichung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schiebt sich immer mehr in den Vordergrund der internationalen Diskussion. Nicht die geringste Möglichkeit eines Bruckenschlages zwischen den von Großbritannien angeführten Ländern der Kleinen Freihandelszone und der EWG zeichnet sich ab. Eine Ahnung von der aufsteigenden Bitternis zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik vermittelte schon das deutsch-britische Gespräch in Königswinter. Die Briten sprachen von einer drohenden Diskriminierung ihres Handels durch die EWG, von einer Ausschließung Großbritanniens aus Kleinen Europa, ja, es fiel in privaten Gesprächen das Wort von der napoleonischen Kontinental Sperre, der sich England vielleicht in gar nicht ferner Zukunft ausgesetzt sah.

In welcher Richtung sich britische Gegenmaßnahmen im Falle der beschleunigten Verwirklichung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bewegen würden, hat der britische Premierminister Macmillan in seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Herter angedeutet. London sah sich gezwungen, die 60 Millionen Pfund, die es für die Stationierung britischer Truppen in der Bundesrepublik ausgibt, beträchtlich zu reduzieren; das würde nicht ohne Folgen für die Sicherheit der Bundesrepublik bleiben. Schon heute ist Westdeutschland von französischen Truppen entblößt, ein Abzug britischer Truppen aber müsste die Wirksamkeit der NATO in Frage stellen. Was bliebe dann noch vom gemeinsamen Schutz- und Treuebundnis übrig?

Die drohende Aufspaltung des nichtkommunistischen Europa in einander heftig bekämpfende Wirtschaftsblocke käme den Zielen der sowjetischen Wirtschaftsoffensive entgegen. Statt alle Kräfte Westeuropas zur Abwehr dieser Offensive zusammenzufassen, würden sich die Energien in Handelskrieg verzehren. Die Geschichte liefert viele Beispiele, daß ein übergeordnetes, gemeinsames politisches Handeln nicht möglich ist und abgeschlossene Bündnisse ausgehöhlt werden oder gar zerbrechen, wenn sich die Bündnispartner den Zugang zu den Warenmarkten untereinander erschweren oder ihn durch Diskriminierungen fast verstopfen. Noch liegt es in der Hand der Europeer oder jener, die sich dafür halten, den 1. Juli, an welchem Tage die erste Phase der Beschleunigung in Kraft treten soll, nicht zu einer Trennungslinie innerhalb des nichtkommunistischen Europa werden zu lassen. Die Aussichten sind freilich nicht günstig. + + +

Innenpolitische Rückwirkungen des Chruschtschow-Besuches

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Zwischenfall von Dijon dürfte sich weniger gegen Chruschtschow und die Anhänger einer französisch-russischen Allianz auswirken, als vielmehr gegen die klerikale Hierarchie, die in Frankreich ohnehin schon häufigen Anlaß zu innenpolitischen Auseinandersetzungen gibt. Daß der Bürgermeister einer französischen Stadt auf Befehl des Bischofs oder gar des Vatikans in letzter Minute den Befehl erhält, einem offiziellen Empfang fernzubleiben und einen seit Monaten angekündigten Staatsbesuch nicht zu empfangen, wirkt in ganz Frankreich aufreizend. Die gesamte Tagespresse befaßt sich an hervorragender Stelle mit dem Ereignis. Die einen sprechen von einer unerträglichen "Einmischung der Kirche in staatliche Angelegenheiten" und sogar von "Inquisition", auch katholische Kreise geben zu, daß es ein "taktischer Fehler" war, die Konservativen betonen aber, die Kirche mische sich nur in ihre eigenen Angelegenheiten. Domherr Kir, der schon im 1. Weltkrieg auf seiten der Russen kämpfte und es nach dem 2. Weltkrieg durchgesetzt hat, daß Dijon mit Stalingrad verschwistert wird, will jetzt sowohl in der französischen Meinung, als auch beim Vatikan neue Offensiven starten.

Frankreichs innere Krise erhält damit neuen Auftrieb. Chruschtschows Besuch erfolgte in einem besonderen gewitterschweren innenpolitischen Augenblick: Bauernrevolte, verstärkte Opposition von links und rechts, Verfassungskrise. Alle diese Auseinandersetzungen wurden anläßlich des sowjetischen Staatsbesuchs vorübergehend gestoppt, ohne aber vergessen zu werden. So sah General de Gaulle sich veranlaßt, nach längerem Zögern, noch vor der Rückkehr Chruschtschow nach Paris, die Vertreter der Bauernorganisationen zu empfangen, die gegenwärtig in einem Dutzend französischer Städte Großkundgebungen zur Durchsetzung ihrer Forderungen vorbereiten.

Nach Chruschtschows Abreise wird der vorläufig gewährte Burgfrieden nicht mehr eingehalten werden. Zu allen Vorwürfen, die von rechts gegen de Gaulle vorgebracht werden, kommt jetzt noch die breite Mobilisierung der kommunistischen Kräfte, die anläßlich des Chruschtschow-Besuches geduldet wurde und die nicht ohne Rückwirkungen bleiben kann.

Andererseits hat Guy Mollet, bisher Chef einer "konstruktiven demokratischen Opposition", in dieser Woche besonders scharfe Reden gegen die Regierungspolitik gehalten; eine französisch-sowjetische Annäherung könnte übrigens ein zusätzlicher Grund für eine verstärkte Opposition der SFIO werden, die ebenso wie die katholischen Volksrepublikaner ziemlich stark auf die Atlantikpolitik festgelegt ist.

De Gaulle könnte sich paradoxerweise in der kommenden Zeit mehr als bisher auf die Kommunistische Partei und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften stützen, falls Chruschtschows in Verdun gesprochenen Worte "Arbeitet für den Frieden mit General de Gaulle" mehr als eine Redensart waren, was in Paris allgemein angenommen wird. Schon in den letzten Wochen konnte man in Frankreich einen ausgesprochenen Burgfrieden zwischen Gaullisten und Kommunisten feststellen. Daraus ergäben sich neue in der Politik Konstellationen und Perspektiven.

Im Schatten Perons

E.D. - Die argentinischen Wahlen zum Abgeordnetenhaus, in denen ein Teil der Abgeordneten neu gewählt wurde, haben keine nennenswerte Überraschung gebracht. Zwar hat die Partei des Staatspräsidenten Frondizi Stimmenverluste hinnehmen müssen, aber das Wahlgesetz und das Majorzsystem sichern ihr weiterhin die Macht. Ihre schärfste Konkurrentin, die Volksradikale Partei, konnte einen guten Erfolg für sich verbuchen, überrundete sie doch in einer Anzahl von Stimmbezirken die Frondizianer.

So ausgeglichen "demokratisch" das Ergebnis auf den ersten Blick erscheinen mag, so stimmt es nicht. Denn nahezu ein Drittel der argentinischen Wähler befolgten die Parole der peronistischen und kommunistischen Agitatoren und stimmte mit leeren Stimmzetteln. Millionen Bürger wünschen trotz der Erfahrungen des peronistischen Systems eine Neuauflage der "alten Ordnung" oder sind ihr nicht abgeneigt. Ohne Zweifel haben die steigenden Preise und die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage die Unzufriedenheit der Massen und die Unlust, noch länger auf die "Demokratie" zu hoffen, gestärkt. Aber das Frondizi-Regime selbst und die es tragenden Gruppen haben oftmals in den letzten Jahren den rechten demokratischen Geist vermissen lassen und stattdessen ein Bild innerer Zerrissenheit und Unfähigkeit enthüllt. Darüberhinaus hat das offene und versteckte Werben um die Stimmen der immer noch unentwegten Peronisten das System in den Augen jener, die nach dem Sturz des Diktators bereit waren, einem parlamentarisch-demokratischen Versuch eine Chance zu geben, degradiert.

Staatspräsident Frondizi wird alle Mühe haben, in den nächsten Monaten die Krise, in der sich das Land schon seit langem befindet (und die an sich eine direkte Folge peronistischer Misswirtschaft ist) nicht in ein Chaos ausarten zu lassen. Zwar ist es ihm gelungen, sich der Hilfe der USA bei seinen wirtschaftlichen Sanierungsprogrammen zu sichern, die wachsende Unpopularität der Nordamerikaner im lateinamerikanischen Raum aber belastet seine Zusammenarbeit mit schweren psychologischen Imponderabilien. Deshalb bleibt es nicht aus, daß viele Leute, und gerade die Demokraten, in steigender Masse auf die Armee blicken, die sich nach wie vor eines guten Rufes erfreut. Besonders die sehr demokratisch gesonnenen "jungen Offiziere" werden als letzter Rettungsanker angesehen, sollte sich die innenpolitische Lage in den kommenden Monaten verschlechtern. Die Wahlen haben nichts neues erbracht, nur die alte Tendenz bestätigt.

Kein neuer Kulturkampf

H.G.S. - Es gehört zu den seltenen Ereignissen der Berliner Koalition zwischen SPD und CDU, daß ernste Bewegung im Abgeordnetensaal des Rathauses Schöneberg entsteht, ja, daß sogar der Regierende Bürgermeister Willy Brandt in seiner Eigenschaft als Berliner Parteivorsitzender der SPD das Wort zur Stellungnahme, Abgrenzung und Schlichtung ergreifen muß.

Es mag dahingestellt bleiben, was die CDU zum jetzigen Zeitpunkt veranlaßt hat, aus einer Frage minderer Bedeutung eine Art kleiner Kulturkampfdebatte zu entfesseln, bei deren Verlauf den meisten Abgeordneten der CDU selbst nicht wohl gewesen ist. Die CDU hatte beantragt, im Etat Berlins die DM 90 000 Zuschüsse zu streichen, die dem Freidenkerverband ermöglichen, für konfessionell nicht gebundene Kinder einen Lebenskundeunterricht zu schaffen und auch das notwendige Lehrmaterial zu entwickeln.

Der Religionsunterricht wird in Berlin von beiden Kirchen, der protestantischen und der katholischen, als auch von der jüdischen Glaubensgemeinschaft in eigener Verantwortung durchgeführt. Dazu werden Zuschüsse aus den Mitteln des Landes Berlin gewährt. Besondere Rücksicht hat der Senat gegenüber solchen weltanschaulichen Gruppen genommen, die in der Nazizeit verfolgt wurden, wie die jüdische Gemeinschaft; aber auch auf die während des Dritten Reiches verfolgten Freidenker. Der Deutsche Freidenker-Verband e.V. hat seinen Landesverband Berlin mit Sitz in Neukölln und sucht für seine Mitglieder und vor allem für seine Jugend eine demokratisch bestimmte Aufklärung in seinem traditionellen Sinne zu erwirken.

Die CDU hielt es für richtig, in Berlin einen Vorstoß in Richtung auf eine Religions-Autarkie zu führen, die wohl nur ihrem eigenen Parteiinteresse dienen soll und sie zum "Anwalt des Christentums" in Berlin machen möchte, mit der Stärkung ethisch-christlicher Glaubensinhalte aber nichts zu tun hat. Anlaß zur Unruhe gab die Feststellung des Abgeordneten Dr. Waltzog (CDU), gegenüber dem Freidenker-Verband würde die Grenze der Toleranz überschritten, indem den Kirchen pro Kopf DM 15,- als Mittel, dem Freidenker-Verband aber DM 71,- pro Kopf zufließen. Diese Vergleichszahlen wurden vom Abgeordneten Dr. Werner Bloch (SPD) ernstlich bestritten. Der Lebenskundeunterricht des Verbandes der Freidenker ist erst angelaufen, Bücher und Lehrmittel seien im Entstehen. Wenn der Verband auch in Berlin nur 700 Mitglieder habe, so wäre eine Streichung oder Kürzung der Mittel eine gewaltsame Einschränkung eines weltanschaulichen Bemühens.

Die Debatte um die an sich im Gesamthaushalt unbedeutenden Mittel brachte auch den CDU-Senator für Volksbildung, Joachim Tiburtius, einmal mehr in den Höhlweg der Entscheidungslosigkeit seiner eigenen Partei, aus dem er sich mit einem kräftigen Bekenntnis zur Meinung des Senats von Berlin befreite. Tiburtius wandte sich gegen die Erteilung von Lebenskundeunterricht durch staatliche Lehrer und bejahte formell den Antrag des privaten Freidenkerverbandes zur Erteilung von Lebenskundeunterricht. Er müsse auch anerkennen, daß sich der Freidenker-Verband vollauf bemühe, seinen Aufgaben gerecht zu werden.

31. März 1960

Willy Brandt warnte davor, etwa falsche Fronten in der Frege Kirche und Staat ausgerechnet in Berlin aufzurichten, einer Stadt, die stets ein starkes religiöses Leben hatte und doch überwiegend SPD wählt.

Die CDU bestand auf namentlicher Abstimmung, als wolle sie die "Antichristen" festhalten, was Brandt zu der Bemerkung veranlaßte, die eine Seite des Hauses verfüge über kein Monopol, was die Christenlehre angehe.

Die Abstimmung fand nach gescheitertem Vermittlungsvorschlag des Präsidenten Willy Henneberg mit 71 Stimmen für Ablehnung der Kürzung gegen 39 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen ein recht überzeugendes Ergebnis.

Unbefriedigend aber bleibt der Nachklang von einer kleinen Kulturkampf-Erregung, die erwies, daß gewisse kaschierte Gegensätze in Berlin im Untergrund mitschwingen und von der CDU oftmals im ungünstigsten Moment ausgespielt werden. Der autoritäre Zug weltanschaulicher Einseitigkeit der CDU nahm an diesem Tage im Berliner Rathaus gespenstische Formen an.

+ + +

Zynischer geht's nicht mehr

Ernst Heilmann, der Vorsitzende der preußischen SPD-Landtagsfraktion vor 1933, starb am 3. April 1940 im Konzentrationslager Buchenwald nach jahrelanger bestialischer Tortur durch die Gestapo.

An seinem sich nun jährenden Todestage wollte seine Witwe ein paar Blumen auf seine Grabstätte in Stahnsdorf (Sowjetzone) legen. Frau Heilmann schrieb an das Ministerium nach Ostberlin. Von dort wurde sie an die für Besuche in der Zone zuständige Passierscheinstelle in der Ostberliner Winsstraße verwiesen. Hier durfte sie stundenlang warten, und dann wurde ihr lakonisch mitgeteilt, es bestünde kein Anlaß, ihr die Einreiseerlaubnis zu geben.

Als sie nach dieser brüskten und auch im Ton verletzenden Ablehnung in ihre Wohnung zurückkam, lag dort im Briefkasten eine Einladung des kommunistischen Buchenwald-Komitees, an einer Feierstunde zur Errichtung eines Gedenksteines für Rudolf Breitscheid, dem sozialdemokratischen Abgeordneten, teilzunehmen.

Als Staffage für eine Gedenkstunde eines Mannes, der nie Kommunist war und auch nie geworden wäre, war den Kommunisten die Witwe Ernst Heilmanns genehm, aber die Grabstelle ihres Mannes darf sie nicht besuchen. Zynischer konnte sich das System nicht offenbaren.

+ + +

Aus "Telegraf"

Verantwortlich: Günter Markscheffel